



Bundestags- brief

Nr.57 • Die Woche im Bundestag • 08.05.2009



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Gewalttäter hart bestrafen – öffentliche Ordnung verteidigen:

Die Bilder der gewalttätigen Ausschreitungen am 1. Mai in Berlin haben uns entsetzt. Es ist unerträglich, dass linke Chaoten und Gewalttäter Jahr für Jahr das friedliche Bürgerfest zum Anlass für ihre brutale Selbstdarstellung nutzen. Zerstörung von öffentlichem und privatem Eigentum, erst recht aber Gewalt gegen Personen sind keine Formen des Protests, sondern kriminelle Handlungen. Es ist zu hoffen, dass sämtliche Verantwortlichen mit aller Härte des Gesetzes zur Rechenschaft gezogen werden. Unsere Polizistinnen und Polizisten leisten hervorragende Arbeit unter teilweise sehr schweren Bedingungen. Ihr Schutz muss der Politik ein hohes Gut sein. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt deshalb die Forderung von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, Angriffe auf Polizisten zukünftig härter zu bestrafen. Das Gewaltmonopol des Staates muss entschieden verteidigt werden. Der Rechtsstaat darf nicht vor einer kleinen Minderheit gewaltbereiter Verbrecher kapitulieren.

Konsequenz aus Wachstumsprognose – Tatkraft statt Krisengerede:

Der weltweite wirtschaftliche Einbruch hinterlässt gerade bei der exportorientierten deutschen Volkswirtschaft tiefe Spuren. Ebenso wie die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer Frühjahrsdiagnose erwartet auch die Bundesregierung für dieses Jahr einen deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung, für das nächste Jahr aber eine allmähliche Stabilisierung. Mit einem erwarteten Rückgang von 6 Prozent wäre dies die tiefste Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik. Auch die Zahl der Arbeitslosen wird voraussichtlich im Jahresverlauf deutlich zunehmen auf voraussichtlich 3,7 Millionen. Sie läge damit aber immer noch deutlich unter dem Niveau zu Beginn der Legislaturperiode. Das zeigt: Die erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der unionsgeführten Bundesregierung zahlt sich gerade in der jetzigen schwie-

rigen Situation aus. Dennoch schließen die Institute einen weiteren deutlichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen im kommenden Jahr nicht aus. Wir müssen deshalb alles tun, um dies zu verhindern. Insbesondere kommt es jetzt darauf an, dass die Bankenkrise rasch bewältigt wird, damit die Bereitschaft der Banken zur Kreditvergabe wieder gestärkt wird. Die Wirtschaftsforschungsinstitute bescheinigen uns zudem, dass mit den in den zwei Konjunkturpaketen getroffenen Maßnahmen das wirtschaftliche Wachstum mittelfristig gefördert wird und eine vorübergehende Finanzierung über Verschuldung deshalb vertretbar ist. Übereinstimmung besteht ebenso in der Einschätzung, dass unter den derzeitigen Umständen ein weiteres Konjunkturpaket abzulehnen ist. Was wir jetzt brauchen ist Kooperationsbereitschaft und Tatkraft statt Krisengerede und Katastrophenszenarien. So können beispielsweise Unternehmensführungen und Belegschaften, wie teilweise bereits erfolgt, durch flexible betriebliche Vereinbarungen Beschäftigung sichern und die Voraussetzungen schaffen für eine volle Teilhabe am nächsten Aufschwung. Was für die Linke und Teile der SPD erklärtermaßen das Ende der Sozialen Marktwirtschaft ist, ist für uns eine Bewährungsprobe, aus der die Soziale Marktwirtschaft gestärkt hervorgehen wird. Diese können wir aber nur gemeinsam bewältigen, nicht durch eine Spaltung der Gesellschaft und durch Panikmache.

EU begründet die „Östliche Partnerschaft“:

Am 7. Mai hat die EU auf ihrem Gipfel in Prag die „Östliche Partnerschaft“ offiziell begründet. Mit dieser Initiative soll die Zusammenarbeit der EU mit den Ländern Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine und Weißrussland ausgebaut werden. Ziel ist es, den Aufbau von Verwaltungsstrukturen und Rechtstaatlichkeit zu unterstützen, gute Regierungsführung, Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern,

die wirtschaftliche Zusammenarbeit durch Freihandelszonen zu verbessern sowie die Mobilität zu erleichtern und die gemeinsamen Außengrenzen besser zu schützen. Darüber hinaus stehen Fragen der Energiesicherheit im Mittelpunkt. Die Kommission schlägt dafür eine Aufstockung finanzieller Mittel von 450 Millionen Euro im Jahr 2008 auf 785 Millionen Euro im Jahr 2013 vor. Regelmäßige Frühjahrestreffen zwischen den Außenministern der 27 EU-Mitgliedstaaten und den sechs der Östlichen Partnerschaft angehörenden Ländern sollen zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit beitragen. Zusätzlich wird eine gemeinsame parlamentarische Plattform mit dem Europäischen Parlament und Abgeordneten aus den sechs Ländern der Östlichen Partnerschaft entstehen. Wir begrüßen die Östliche Partnerschaft ausdrücklich. Fünf Jahre nach der Osterweiterung der EU ist es in unserem eigenen Interesse, die innere Stabilität dieser Länder zu stärken. Wir brauchen einen Ring aus stabilen und verbündeten Staaten um die EU herum. Diese Form der europäischen Nachbarschaftspolitik, so wie sie auch schon im Mittelmeerraum zur Anwendung kommt, ist ein geeignetes Mittel, um neue Möglichkeiten der gegenseitigen Kooperation zu schaffen, die für beide Seiten gewinnbringend sind, ohne automatisch eine Mitgliedschaft in der EU in Aussicht zu stellen.

Gedenkstättenbesuch als Pflichtprogramm bei Klassenfahrten

Mit ihrem Besuch in dem ehemaligen Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen hat Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel als erste in diesem Amt ein klares und wichtiges Zeichen gesetzt: im zwanzigsten Jahr der friedlichen Revolution und des Mauerfalls dürfen Stimmen, die die DDR-Diktatur schönreden kein Gehör finden. Nicht nur für die Opfer der DDR-Diktatur, sondern für jeden aufrechten Demokraten ist der Versuch der Geschichtsverfälschung unerträglich. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion positioniert sich klar auf die Seite derer, die sich für eine geschichtstreue Aufarbeitung einsetzen. In den Schulen steht die DDR-Diktatur überwiegend nicht im Lernprogramm. 15% der Jugendlichen halten Konrad Adenauer für einen DDR-Politiker und glauben, die Mauer sei von den Alliierten gebaut worden. Die Kultusministerkonferenz steht hier in der Verantwortung zu prüfen, ob die DDR-Diktatur verpflichtend in die Lehrpläne des Geschichtsunterrichts aufgenommen werden kann. Um Wissenslücken zu schließen und die Erinnerung an das Unrecht

wachzuhalten sollte der Besuch einer Gedenkstätte wie das ehemalige Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen, das Holocaust-Mahnmal, die Gedenkstätte Normannenstraße, die Gedenkstätte Deutscher Widerstand oder die Ausstellung Topographie des Terrors obligatorischer Bestandteil des Programms von Klassenfahrten nach Berlin sein. Auch der Deutsche Bundestag ist aufgefordert hier einen Beitrag zu leisten, da jeder Bundestagsabgeordnete im Jahr viele Schülerfahrten über ein Besucherkontingent bezuschussen und drei Gruppenreisen über das Bundespresseamt durchführen kann.

Frauen im Irak vor Gewalt schützen

Laut 14. UNAMI-Report zur Lage der Menschenrechte im Irak sind gerade Frauen von gewalttätigen Übergriffen bedroht. Frauen in aller Welt müssen vor Gewalt geschützt werden. Wir dürfen nicht tatenlos hinnehmen, dass die Rechte von Frauen in einigen Ländern nichts gelten, dass Frauen manchmal nur als Wert für die Ehre des Mannes gesehen werden. Besonders grausam ist es für Frauen in den weltweiten Krisenregionen, neben der Gefahr und den Nöten eines Krieges auch noch fürchten zu müssen, verschleppt, vergewaltigt, misshandelt oder getötet zu werden. Noch immer wird sexuelle Gewalt auch als perfide Kriegsstrategie eingesetzt. Nach Beendigung des Konflikts in den Krisenregionen tritt dann häusliche Gewalt verstärkt auf. Gewalttätige Übergriffe gegen Frauen sind laut des UN-Reports gerade in den kurdischen Gebieten des Iraks noch immer an der Tagesordnung. Zwangsverheiratungen, häusliche Gewalt, sogar Ehrenmorde sind Folgen eines fragwürdigen Ehrbegriffs, der die Rechte von Frauen außer Acht lässt. In einigen Regionen wird sogar der brutale Brauch der Genitalverstümmelung praktiziert.

Zu guter Letzt:

Die EU-Osterweiterung fördert den Handel Deutschlands:

Die Ausfuhren deutscher Waren in die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten beliefen sich im Jahre 2008 auf 105,2 Milliarden Euro und hatten damit einen Anteil von 10,6 Prozent an den gesamten deutschen Exporten. 2003 lag der Anteil der Exporte in die neuen EU-Länder noch bei 8,5 Prozent. Auch die Einfuhren aus diesen Ländern sind in den letzten Jahren deutlich angestiegen auf zuletzt 87,9 Milliarden Euro.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)